



Plenarprotokoll

142. Sitzung

Donnerstag, 24. Februar 2022

Gedenkminute anlässlich des Beginns des Angriffs auf die Ukraine .	10730	Jörg Nobis [AfD].....	10739
		Daniel Günther, Ministerpräsident.	10740
Aminata Touré, Landtagsvizepräsidentin.....	10730	Beschluss: Annahme des Antrags	
		Drucksache 19/3662 (neu).....	10742
Völkerrechtsbruch durch Russland nicht hinnehmen.....	10731		
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW			
Drucksache 19/3662 (neu)			
Tobias Koch [CDU].....	10731		
Serpil Midyatli [SPD].....	10733		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10734		
Christopher Vogt [FDP].....	10736		
Lars Harms [SSW].....	10738		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:08 Uhr

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Aminata Touré, Landtagsvizepräsidentin:

Meine Damen und Herren, wir alle verfolgen seit Wochen die wachsenden Spannungen im Osten Europas. Mit Erschütterung haben wir die Berichte verfolgt, dass der Konflikt in der Ostukraine heute in den frühen Morgenstunden weiter eskaliert ist. Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit dem Angriff auf die Ukraine begonnen und damit den Krieg in das Herz Europas getragen.

Wir alle hatten gehofft und geglaubt, dass das Recht des Stärkeren zumindest auf unserem Kontinent nicht länger als Mittel der Politik in Betracht gezogen würde - dass wir alle die Lehren aus den Schrecken und den Gräueln des Ersten und vor allem des Zweiten Weltkrieges gezogen hätten, unter dem vor allem die ukrainische und die russische Bevölkerung zu leiden hatten. Doch die russische Aggression gegen die Ukraine, einen unabhängigen Staat, zeigt in aller Deutlichkeit, dass das leider nicht der Fall war.

Wir sehen heute, wohin übersteigerter Nationalismus und ein im Kern imperialistisches Politikverständnis führen können, das Europa in Interessensphären aufteilt und mit Gewalt führen will statt im Geist einer für alle fruchtbringenden Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Die Argumentationsmuster, die von russischer Seite nun im wahrsten Sinne des Wortes ins Feld geführt werden, lassen die Welt erschauern.

Meine Damen und Herren, machen wir uns gerade heute bewusst, was die Geißel Krieg für die Menschheit bedeutet, welches Leid sie verursacht, gleich welcher Nationalität man ist. Kriege führen nicht zu nationaler Größe, zu Ruhm oder zu Ehre, sondern sie zerstören das Lebensglück, sie bringen Schmerz, Verzweiflung und menschliche Abgründe. Krieg ist und bleibt ein Verbrechen - am eigenen Volk, an fremden Völkern, an der gesamten Menschheit. Nichts vermag das zu rechtfertigen, und nichts gibt Russland das Recht, die Grenzen in Europa mit Gewalt neu zu ziehen. Die Welt lässt sich nur miteinander verändern.

Unsere Herzen sind bei den Menschen in der Ukraine, gleich welcher Nationalität sie angehören. Wir appellieren an Russland, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, statt den Frieden zu brechen und

(Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré)

das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Soldatenstiefeln zu treten. Die Missstände, die Russland im Osten der Ukraine sieht, lassen sich nicht mit Gewalt lösen. Die Welt schaut auf Russland, und sie sieht die Verantwortung, die in den Händen dieser Großmacht liegt, die sich einst selbst als Bastion des Friedens rühmte.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Wir schauen voller Grauen in den Abgrund, der sich vor der Menschheit auftut. Lassen Sie uns für den Frieden beten, den die Welt so bitter nötig hat. Ich bitte Sie, innezuhalten. - Sie haben sich erhoben. Ich danke Ihnen!

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass wir aufgrund der aktuellen Situation die Sitzung bis 12 Uhr unterbrechen und die Presseerklärung der Bundesregierung abwarten werden. Ich unterbreche die Sitzung bis 12 Uhr.

(Unterbrechung 10:12 Uhr bis 12:11 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir setzen die Sitzung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 A auf:

Völkerrechtsbruch durch Russland nicht hinnehmen

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/3662 (neu)

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erschüttert und fassungslos stehen wir vor den heutigen Ereignissen. 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrscht wieder Krieg in Europa. Unsere Gedanken und Gebete sind bei der ukrainischen Bevölkerung. Es ist kaum vorstellbar,

was diese Situation für die Menschen in der Ukraine bedeuten muss, die der akuten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind, sich um ihre Familien sorgen, die Zerstörung ihrer Heimat, sowohl ihres eigenen Zuhauses als auch ihres gesamten Landes befürchten müssen und vielleicht schon jetzt oder in Kürze in Kampfhandlungen direkt persönlich verwickelt sind. Wir stehen deshalb fest an der Seite der Ukraine und der gesamten ukrainischen Bevölkerung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Was wir seit Dienstag und in aller Dramatik seit heute erleben, ist kein begrenzter regionaler Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, sondern es handelt sich um einen grundlegenden Paradigmenwechsel, den wir hier erfahren.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir während des Kalten Krieges 40 Jahre lang mit der latenten Gefahr eines Dritten Weltkrieges leben müssen, der unter Umständen mit dem Einsatz von Atomwaffen auf deutschem Boden verbunden gewesen wäre und uns Gott sei Dank erspart geblieben ist. Mit Glasnost, mit Perestroika und Mauerfall konnten wir uns dann seit 1989 mehr als 30 Jahre lang über Frieden und Freiheit in Europa freuen. Statt gegenseitiger Bedrohung standen friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit im Vordergrund. Ein militärischer Konflikt schien unter diesen Umständen undenkbar.

Diese Friedensperiode ist mit den aktuellen Ereignissen in dieser Woche unwiderruflich zu Ende gegangen.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahre 2014 folgt nun der russische Angriff auf die gesamte Ukraine. Russland setzt damit erneut militärische Gewalt ein, um Grenzen in Europa zu verschieben, und stellt das Selbstbestimmungsrecht der gesamten Ukraine als souveränen Staat damit infrage. Aggressiver Nationalismus und Militarismus sind damit zurück auf der politischen Bühne, wie wir sie zuletzt in den dunkelsten Tagen Europas erlebt haben. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die letzten Wochen waren die Wochen der Diplomatie. Heute müssen wir aber feststellen, dass trotz aller diplomatischen Bemühungen selbst auf höchster Ebene Russland und Putin nicht von der befürchteten Eskalation der Gewalt abgelassen haben.

(Tobias Koch)

Selbstverständlich kommt der Diplomatie auch weiterhin die Rolle zu, den militärischen Konflikt schnellstmöglich zu beenden. Dafür lohnen alle denkbaren Anstrengungen. Allein mit Diplomatie ist es jetzt aber auch nicht mehr getan, sondern es braucht nun eine klare Antwort auf die russische Aggression.

Für Waffenlieferungen an die Ukraine ist es nun zu spät. Zur bitteren Wahrheit des heutigen Tages gehört, dass wir die Ukraine mit der fehlenden Unterstützung ihrem Schicksal überlassen haben. Aus der historischen Verantwortung heraus wäre es meines Erachtens geboten gewesen, dem Opfer eines drohenden Angriffskrieges mit einer solchen Hilfe stärker zur Seite zu stehen.

Eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ist unter diesen Umständen absolut unvorstellbar. Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass Bundeswirtschaftsminister Habeck den Zertifizierungsprozess umgehend gestoppt hat und die Pipeline deshalb bis auf Weiteres nicht in Betrieb gehen wird.

Eine Pipeline nicht in Betrieb zu nehmen, durch die bislang überhaupt kein Gas geflossen ist, macht für Russland allerdings auch nicht den allergrößten Unterschied gegenüber dem bisherigen Status quo. Wenn wir Russland mit harten Sanktionen treffen wollen, dann müssen wir uns auch fragen, ob wir nicht auf Gasimporte aus Russland ab sofort gänzlich verzichten sollten, also sowohl über Nord Stream 1 als auch über die Jamal-Pipeline über Belarus kein Gas mehr zu beziehen.

Unsere Gasvorräte reichen nur noch bis in den Sommer, dennoch werden wir an dieser Stelle sehr schnell merken, wie abhängig wir von russischen Gaslieferungen sind. Aus dieser Abhängigkeit müssen wir uns befreien. Das gelingt uns nur, wenn uns alternative Bezugsquellen zur Verfügung stehen. Deshalb brauchen wir ein LNG-Importterminal, um zumindest mittelfristig Flüssiggas aus anderen Regionen der Welt importieren zu können.

(Beifall CDU und Jörg Nobis [AfD])

Meine Damen und Herren, das ist seit dem heutigen Tag aber keine rein energiepolitische Debatte mehr, sondern wir müssen uns auch den sicherheitspolitischen Aspekten stellen. Diplomatie und Sanktionen können immer nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn dies aus einer Position der Stärke heraus erfolgt. In den letzten 30 Jahren hat sich das militärische Gleichgewicht in Europa jedoch einseitig zugunsten Russlands verschoben. Ich befürchte, im aktuellen Zustand ist die Bundeswehr nur sehr be-

grenzt zur Landes- und Bündnisverteidigung in der Lage.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wir müssen deshalb ab jetzt alles tun, um die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr in vollem Umfang herzustellen, damit Deutschland seinen Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik leisten kann. Eine Aufstockung des Verteidigungsetats darf deshalb nicht länger Streitpunkt sein. Wir müssen uns auch fragen, ob unter der veränderten Sicherheitslage ein Wiederaufleben der Wehrpflicht, die ganz bewusst nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt worden ist, nicht möglicherweise geboten wäre.

Neben dieser mittelfristigen Perspektive müssen wir kurzfristig in enger Abstimmung mit unseren NATO-Partnern und insbesondere den USA weitere Schritte ergreifen, um Russland von einer Fortsetzung seines völkerrechtswidrigen Handelns abzuhalten.

Ohne ein solches militärisches Abschreckungspotenzial steht ansonsten nämlich zu befürchten, dass härtere Sanktionen Russland derart in die Enge treiben, dass sich Präsident Putin zu weiteren unkalkulierbaren militärischen Aktionen hinreißen lassen könnte. Niemand würde Putin heute noch als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnen.

(Zurufe FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Folgt man stattdessen der gestrigen Charakterisierung von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, dann handelt es sich bei Putin um einen geschichtsbesessenen, autistischen Entscheidungsträger. Diesen Eindruck habe auch ich gewonnen, als ich mir das Interview mit Putin im Fernsehen angesehen habe. Von einem solchen Autokraten ist aber das Schlimmste zu befürchten. Dafür, meine Damen und Herren, müssen wir uns wappnen. Dafür bleibt nach der jetzigen Eskalation nicht mehr viel Zeit.

In Kriegszeiten ist nicht die Zeit für parteipolitische Auseinandersetzungen. Wenn wir in den letzten zwei Jahren schon geglaubt haben, dass wir mit der Coronapandemie die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg zu meistern hatten, dann werden wir jetzt feststellen, dass wir in der nächsten Zeit mit Sanktionen, der Energieversorgung und mit Sicherheitspolitik vor Herausforderungen weit aus größerer Dimensionen stehen werden.

Dafür ist die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Das wird aber nur gemeinsam gelingen - Regierung und Opposition gemeinsam. Ich sage

(Tobias Koch)

deshalb ganz klar und deutlich heute: Als Union stehen wir dafür bereit, um die Bundesregierung bei ihrem Handeln zu unterstützen. Jetzt ist Gemeinsamkeit gefordert. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Momente im Leben, in denen man das ungute Gefühl hat, hier passiert gerade etwas von welthistorischer Bedeutung.

Damit wollte ich morgen eigentlich meine Rede beginnen. Heute muss ich leider sagen: Ich hätte nie gedacht, dass ich in meinem Leben einmal den Satz aussprechen muss und werde: Wir haben Krieg in Europa. - Das ist ein rabenschwarzer Tag für Europa, die Welt und unsere gesamte Nachkriegsordnung, vor allem aber für die Menschen in der Ukraine. Mir ist an erster Stelle wichtig, zu betonen: Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir sind mit unserem ganzen Herzen und unserer vollen Solidarität bei ihnen.

Wir erleben eine Zeitenwende. Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein neuer Flächenbrand in Europa. Aufgabe ist es jetzt, eine solche Katastrophe zu verhindern. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Russland muss diese Militäraktion sofort einstellen.

Das ist das Ende unserer europäischen Friedensordnung, die auf der vor 49 Jahren verabschiedeten KSZE-Schlussakte von Helsinki basiert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was wurde damals vereinbart? - Souveräne Gleichheit aller Staaten, keine Androhung oder Anwendung von Gewalt und Unverletzlichkeit der Grenzen.

Die damalige Sowjetunion hat das alles unterschrieben. Auch die Russische Föderation hat sich 1992 dazu bekannt. Das war ein großer Sieg der Menschlichkeit, die Verwirklichung des Prinzips, das Egon Bahr gern als die Stärke des Rechts gegenüber dem

Recht des Stärkeren bezeichnet hat. All das ist durch Putins Großmachtstreben weggefegt.

Spätestens seit heute Morgen ist klar, was wir am Montag in seiner aggressiven und rein nationalistischen Rede bereits feststellen konnten: Es geht Putin nicht um die Ostukraine. Es geht ihm um den gesamten ukrainischen Staat, dessen Legitimation er nicht anerkennt. Es geht ihm darum, die geostrategische Lage in Europa zu verändern. Putin verschiebt die Grenzen Europas mit militärischer Gewalt.

Darauf muss es jetzt schnell und sehr eng abgestimmt mit unseren Partnern in EU, NATO und der G 7 entschlossene Reaktionen geben. Sie haben mitbekommen, dass jetzt in diesen Stunden, am Nachmittag, heute Abend, hier zu Gespräche laufen werden.

Je mehr sich Russland isoliert, desto fester suchen wir den gemeinsamen Schulterschluss. Das muss jetzt sehr deutlich werden. Harte Sanktionen müssen auf die bereits gestern durch die EU verhängten folgen. Sie müssen Russland wirtschaftlich und finanziell treffen mit Folgen, die Russland nicht länger ignorieren kann.

Wir begrüßen, dass Deutschland sofort reagiert hat und Nord Stream 2 vorläufig gestoppt hat. Lassen Sie mich das einmal kurz sagen: Die Situation macht uns einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, Unabhängigkeit im Bereich der Energieversorgung voranzutreiben. Wir in Schleswig-Holstein haben die besten Voraussetzungen, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Vor allem sollte uns allen klar sein: Krieg mit militärischem Einsatz darf niemals eine Antwort sein. Das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte heraus am besten. Wir wissen, was Krieg bedeutet. Er bringt ausschließlich Leid über alle Menschen, die davon betroffen sind. Er ist keine Lösung. Es gibt dafür keine - ich betone: keine! - Rechtfertigung.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Jetzt muss es um eine schnelle Konfliktlösung gehen. Der militärische Einsatz muss sofort beendet werden. Es muss alles getan werden, die Situation zu deeskalieren.

Lassen Sie uns in dieser Situation einen kühlen Kopf bewahren und uns auf unsere Werte berufen. Lassen Sie uns gemeinsam mit all unseren Verbündeten, mit der Weltgemeinschaft verstärkt alle Anstrengungen unternehmen, um auf den Weg der diplomatischen und politischen Konfliktlösung zu-

(Serpil Midyatli)

rückzukehren. Wir müssen es schaffen, Russland wieder an den Verhandlungstisch zu bewegen, und sei er noch so lang. Es gilt jetzt, eine weitere militärische Eskalation in Europa unbedingt zu verhindern. Wir sind mit unseren Gedanken und unseren Herzen bei der ukrainischen Bevölkerung.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass wir in diesem Haus zu einem Kriegsausbruch mitten in Europa reden müssen, ist erschütternd. Es nimmt uns alle mit. Es lässt uns um die richtigen Worte ringen.

In der vergangenen Nacht hat Russland die Ukraine angegriffen. Mit teils wirren Vorreden hat Putin diesen Schritt angekündigt. Deshalb kommt er nicht überraschend; trotzdem hat es uns heute Morgen schockiert. Ich bin nicht überrascht und trotzdem schockiert. Unsere Außenministerin Annalena Baerbock hat es heute Morgen treffend beschrieben. Sie sagte:

„Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht.“

Wir sind fassungslos, weil jetzt wahr wird, was nicht wahr sein darf.

In den letzten Tagen wurden immer wieder Menschen auf den Straßen von Kiew interviewt, Menschen, die so viel Gelassenheit ausstrahlten und es sich überhaupt nicht vorstellen konnten, dass Russland wirklich angreifen würde, und schon gar nicht die Hauptstadt Kiew, aus der jetzt die Menschen fliehen. Das ist wirklich ein krasser Widerspruch, diese Bilder von Menschen, die gesagt haben: „Na ja, ja, da wird schon etwas auf der Krim passieren, aber nein, natürlich nicht hier in Kiew“, und dann heute Morgen die Bilder von Autoschlangen, von flüchtenden Menschen und die schrecklichen Einschläge, die wir jetzt anscheinend schon gesehen haben. Insofern ist heute für uns ein schockierender Tag. Es ist Krieg in Europa.

Aber vergessen wir nicht: Schon seit 2014 sterben in der Ukraine Menschen in einem sogenannten bewaffneten Konflikt, der nie ruhte. Der heute Tag ist

also kein Startschuss, sondern der vorläufige Höhepunkt von Putins Aggressionspolitik.

Selbst der russische Botschafter im UN-Sicherheitsrat heute Morgen in New York schien völlig überumpelt zu sein, dass während einer Sitzung, in der die Menschen zusammensaßen, noch um Frieden rangen und diskutierten, die Nachricht hereinkam, dass Putin den Angriffskrieg begonnen hat. Er betonte dort, er habe von dem Angriff Putins auf die Ukraine erfahren. Er betonte, es sei der Angriff Putins, nicht Russlands.

Diese Äußerung des UN-Botschafters aus Russland ist vielleicht bei aller Finsternis ein winziger Hoffnungspunkt, ein Ankerpunkt, die Hoffnung, dass die russische Bevölkerung ihren Machthaber entmachtet, zugegebenermaßen zurzeit ein sehr beliebter Machthaber in Russland. Aber es ist ein Präsident, der zunehmend undurchschaubar ist, der seine Gäste an einem langen Tisch mit maximaler Distanz sitzen lässt, der mit seinen Worten jeden Tag deutlicher gemacht hat, was ihn antreibt.

Innerhalb von wenigen Tagen hat er sich mit martialischen Reden selbst auf eine Palme gesetzt, von der er nicht wieder herunterkommt.

Zugleich haben wir einen Krieg der Bilder erlebt: Die Panzeraufmärsche an der ukrainischen Grenze erfolgen schon seit Wochen, Militärübungen in Belarus und dann zwischenzeitlich die Bilder von einem Rückzug, der nie ein Rückzug war.

An dieser Stelle bedanke ich mich sehr herzlich bei all unseren Journalistinnen und Journalisten in Russland und in der Ukraine, die uns trotz zum Teil persönlicher Risiken auf dem Laufenden halten, besonders auch weil wir wissen, dass Russland mit unabhängigen Journalistinnen und Journalisten nicht gerade zimperlich umgeht, brutal umgeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Meine Gedanken sind heute auch bei denjenigen, die an vorderster Front nun diesen Krieg führen müssen, gesteuert von einem, der auf seinem vergoldeten Sessel sitzt und mit seinem Befehl dafür sorgt, dass wahrscheinlich viele junge Menschen, meistens junge Menschen, werden sterben müssen. Meine Gedanken sind natürlich auch bei der ukrainischen Bevölkerung, die um ihr Leben, ihre Existenz und um ihre demokratische Zukunft bangt und die vor dem bangt, was Putin plant. Wir haben es heute Morgen in der ARD gehört: Angeblich soll es Listen geben, auf denen Menschen stehen, die besonders strafrechtlich zu verfolgen seien.

(Eka von Kalben)

Mein Mitgefühl gilt auch der russischen Zivilbevölkerung, die unter den nun folgenden Sanktionen zu leiden haben wird, die Rentnerinnen und Rentner, die mit steigenden Preisen noch schlechter zurechtkommen werden als bisher, die Menschen in Russland, die sich hilflos gegenüber Putin fühlen. Ich hoffe sehr, und ich habe das Gefühl, dass Europa sich da wirklich gut aufstellt, dass Sanktionen gefunden werden, die genau diejenigen treffen, die es betrifft. Ich bin zuversichtlich, dass das durch kluge Sanktionen gelingen wird. Ich bin sehr froh, dass Europa an der Stelle gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien zusammenarbeitet.

Meine Damen und Herren, wir hier in Schleswig-Holstein werden natürlich auch den Krieg spüren, selbst wenn wir erst einmal nur die Bilder vom Sofa aus verfolgen. Viele Menschen bei uns in Schleswig-Holstein haben Verwandte oder Freunde in der Ukraine, aber auch in Russland. All diesen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern mit russischen und ukrainischen Wurzeln gilt heute unser Mitgefühl. Auch wenn Putin der eindeutige Aggressor ist, sind nicht alle Russinnen und Russen zu verurteilen.

Ja, wir alle fühlen uns angesichts der Sicherheitslage bedroht. Viele fürchten sich auch vor den wirtschaftlichen Sanktionen. Welche Optionen bleiben uns nun? - Wir können etwas tun, Sanktionen verhängen gegen Putins Regime in der Hoffnung, dass ihm die Unterstützung im Land entzogen wird; Unterstützung der Ukraine und der Menschen, die aus den Kriegsgebieten fliehen.

Auch wenn es am heutigen Tag zynisch klingt: Es bleibt weiterhin nur die Fortsetzung und die Bemühung um diplomatische Lösungen; denn wir werden diesen Konflikt durch eigene Aufrüstung nicht lösen können. Wir werden einen Krieg nicht vermeiden können, indem wir stärker aufrüsten.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig klar, dass genau diese Debatte jetzt aufkommen wird. Ich bin der festen Meinung, dass, auch wenn Diplomatie bei Putin nicht gewirkt hat und es jetzt nicht funktioniert hat, wir keinen anderen Weg haben, als genau das weiter zu versuchen, es mit harten wirtschaftlichen Sanktionen weiterhin auf dem diplomatischen Weg zu versuchen. Ein militärischer Weg wird nicht zu Frieden in Europa führen.

Meine Damen und Herren, es fällt mir schwer, heute eine energiepolitische Diskussion zu führen. Das wird diesem Schicksalstag nicht wirklich gerecht.

Aber natürlich hat dieser Krieg erheblichen Einfluss darauf, wie wir uns kurzfristig mit ausreichend Energie versorgen und wie wir uns mittel- und langfristig geopolitisch unabhängiger machen. Energiepolitisch haben wir ganz klar zwei Aufgaben: Die eine ist, in diesem Jahr für bezahlbare und ausreichende Energie zu sorgen. Da gibt es ermutigende Signale, dass die Gasvorräte noch eine ganze Weile reichen werden.

Ich bin froh, dass die Bundesregierung erste Schritte gemacht hat, um Menschen mit geringem Einkommen finanziell zu unterstützen, um die steigenden Kosten zu bewältigen. Aber wenn wir ehrlich sind, wird es nicht eine komplette Kompensierung durch den Staat geben können. Das bedeutet, dass sich dieser Krieg auch auf uns auswirken wird. Umso wichtiger ist es selbstverständlich - ich bin froh über die Einigkeit dazu in diesem Haus -, dass wir noch schneller werden müssen im Ausbau erneuerbarer Energien und der Infrastruktur, um diese nutzen zu können. Daher muss alles getan werden, damit in Bezug auf den LNG-Terminal etwas entsteht, was nicht nur für Gas, sondern perspektivisch auch für nicht fossile Energie genutzt werden kann.

Die energiepolitische Notwendigkeit bedeutet auch - Herr Koch hat schon darauf hingewiesen -, dass wir uns zum Beispiel von Nord Stream 2 lösen müssen. Ich danke dem Bundeswirtschaftsminister, dass er das vorläufig gestoppt hat. In solch einer Situation für die Energieversorgung Deutschlands zuständig zu sein, ist wirklich eine herausfordernde Aufgabe. Ich wünsche unserem schleswig-holsteinischen Mitbürger, dem Bundeswirtschaftsminister, dabei viel Erfolg und Kraft.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wir werden die großen geopolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht lösen, wenn wir es nicht schaffen, friedlich zusammenzuarbeiten. Wir werden nur in Frieden und Wohlstand leben können, wenn wir allen Menschen erlauben, in demokratischen Strukturen zu leben. Wir werden die Demokratie nur verteidigen, wenn wir dafür sorgen, dass verabredete Regeln eingehalten werden. Deshalb muss all unser Tun darauf ausgerichtet sein, Putin zu stoppen, diesen Krieg zu beenden und der Ukraine eine souveräne demokratische Zukunft zu ermöglichen. Unsere Solidarität gilt der Ukraine. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verurteilen diesen Angriffskrieg Russlands auf das Schärfste. Diese Invasion ist durch nichts zu rechtfertigen und muss umgehend beendet werden, wenn der russische Präsident sein Land nicht auf Jahrzehnte isolieren möchte. Es ist eine absolute Katastrophe, dass mitten in Europa mit kruder Geschichtsklitterung, dreisten Lügen und militärischer Gewalt wieder Grenzen verschoben werden sollen und dass unschuldige Menschen in der Ukraine völlig sinnlos ermordet werden. Wir stehen in diesen dunklen Stunden an der Seite der Ukraine. Ich bin dankbar dafür, dass wir das hier heute gemeinsam zum Ausdruck bringen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Angriff ist für meine Generation, die in einer vergleichsweise friedlichen Zeit - in der es übrigens auch Kriege in Europa, in Jugoslawien vor allem, gab - und während des Zusammenwachsens unseres Kontinents groß geworden ist, eine schlimme Erfahrung, die sich aber auch lange angekündigt hat, nämlich nicht erst seit einigen Wochen, nicht erst seit einigen Monaten, sondern spätestens seit 2014, als der Angriff auf die Ukraine begonnen hat. Wir dürfen diese Aggression und imperialistische Logik Russlands nicht tolerieren und müssen dies mit sehr schmerzhaften Sanktionen beantworten.

Die NATO und die EU müssen bei diesem eklatanten Bruch des Völkerrechts glasklar sein und werden nun hoffentlich auch jeweils dauerhaft enger zusammenrücken. Das wird notwendig sein, und das ist mit Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren leider keine Selbstverständlichkeit. Gerade durch Länder wie Ungarn war die EU eben nicht klar in ihrer Haltung zu Russland, und auch die NATO war durch den ehemaligen amerikanischen Präsidenten nicht klar, der die NATO ja sehr offen infrage gestellt und in eine Krise gestürzt hat und der in diesen Tagen auch noch einmal seinen - ich sage einmal - Geisteszustand zur Schau gestellt hat, indem er Putin vor wenigen Tagen als „genial“ bezeichnet hat.

Der Westen hat in den vergangenen 15 oder 20 Jahren sicherlich auch Fehler im Umgang mit Russland gemacht. Das wurde in den vergangenen Wochen

vielfach diskutiert. Aber dies rechtfertigt in keinsten Weise diese Aggression.

Die zunehmende Entfremdung in den letzten Jahren hat eine ganz klare Ursache: Russland geht es nicht nur um die Sehnsucht nach alter Stärke und Größe, sondern im Kern vor allem um die Bekämpfung von Freiheit und Demokratie. Die internationale Ordnung wird vonseiten Russlands überhaupt nicht mehr anerkannt, und das ist ein gewaltiges Problem, das über Europa hinausgeht. Wir erleben einen überwunden geglaubten Kampf der Systeme, nicht nur mit Russland, sondern leider auch mit China und anderen Staaten. Deshalb werden jetzt nicht Naivität und Opportunismus gefordert sein, sondern Zusammenhalt mit unseren Verbündeten.

Wir werden unsere außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung an diese Realität anpassen müssen. Dazu gehört auch, dass Putin in seinen Äußerungen heute auch Länder wie Deutschland ganz offen bedroht hat. Ich will deutlich sagen: Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass wir seit Jahren Bundeswehrsoldaten im Baltikum haben. Die osteuropäischen Staaten, vor allem die ehemaligen Sowjetstaaten, die jetzt Mitglied der EU und der NATO sind, werden seit Jahren offen von Russland bedroht. Jetzt merken auch wir, wie ernst es ist, und darauf müssen wir reagieren. Dazu gehört in meinen Augen auch - das will ich ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren und auch Kollegin von Kalben -, dass wir unsere Bundeswehr endlich angemessen ausstatten.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Das hat in meinen Augen auch nichts mit Aufrüstung zu tun, sondern ist leider schlicht eine verteidigungspolitische Notwendigkeit, denn Russland führt in diesen Tagen direkt an der Grenze von Europäischer Union und NATO Krieg. Es liegen nur wenige Kilometer zwischen dem, was im Westen der Ukraine passiert, und unseren Grenzen von NATO und EU.

Dazu gehört aus meiner Sicht auch, dass man sich nicht moralisch über die Wehrtechnikbranche erhebt.

(Beifall FDP und CDU)

Wir brauchen diese Branche wie unsere Bundeswehr und das transatlantische Bündnis, um den Frieden zu sichern. Wenn Russland allein auf das Prinzip der Stärke setzt, müssen leider auch wir wieder militärisch stärker werden, so bitter das ist.

Ich will in diesen Tagen keine Parteipolitik machen.

(Christopher Vogt)

(Lachen Birte Pauls [SPD])

Die politischen Kräfte der Mitte müssen jetzt zusammenstehen. Es sollte sich aber auch niemand vormachen, dass diese Eskalation keine innenpolitischen Konsequenzen haben wird. AfD und LINKE übernehmen seit Jahren zunehmend die russische Propaganda und verbreiten sie hier in Deutschland, gerade in den letzten Wochen: Was man dort hören musste, was Gregor Gysi teilweise gesagt hat! Wenn Dietmar Bartsch von „Fehlentscheidungen“ spricht, wenn man in andere Länder einmarschiert, dann ist das eine Verharmlosung, die zynisch ist. Sahra Wagenknecht und andere, vor allem aber auch die AfD: Die sind in gleicher Weise völlig hemmungslos. Das bestärkt uns Liberale in unserer Haltung, dass diese beiden Parteien in Deutschland nicht regieren dürfen.

(Beifall FDP, CDU und Stefan Weber [SPD])

Ich würde es sehr gut finden, wenn das auch unter den staatstragenden Parteien Konsens wäre.

Ich formuliere es sehr zurückhaltend: Für die demokratischen Parteien werden sich einige Fragestellungen ergeben, auch mit Blick auf die außenpolitische Ausrichtung. Weil es heute ein besonderer Tag ist, will ich nur zwei Dinge ansprechen, die mich aber - ehrlich gesagt - zunehmend stören und auch an diesem Tag bewegen.

Ich finde: Es kann nicht sein, dass wir einen Altkanzler haben, der Fazilitäten der Bundesrepublik als Altkanzler nutzt und teilweise auch entsprechende Termine für die Bundesrepublik wahrgenommen hat und in einer solchen Form russische Lügen über die Ukraine verbreitet. Das ist ein Problem für Deutschland, das darf es nicht länger geben!

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sollte Herr Schröder umgehend seine Jobs bei den Russen abgeben oder entsprechend nicht mehr vonseiten der Bundesrepublik unterstützt werden.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite, das ich kurz ansprechen möchte, ist die vermeintliche Klimastiftung, die es nebenan in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Die soll jetzt ruhen gelassen werden. Ich sage sehr deutlich: Die muss aufgelöst werden, und zwar sofort.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich sehr, dass die Jugendorganisationen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsam zur Demonstration in Berlin gegen diesen Krieg aufgerufen und entsprechend demonstriert haben. Ich frage mich aber seit Wochen, wo die deutsche Friedensbewegung abgeblieben ist. Mein Eindruck ist: Es wird nur gegen Kriege der Amerikaner demonstriert. Es ist doch erstaunlich ruhig. Das finde ich verwunderlich.

Dieser Angriffskrieg Russlands wird auch landespolitische Auswirkungen haben. Die Kolleginnen und Kollegen haben das bereits angesprochen. Es macht unsere jahrzehntelangen Bemühungen um die Völkerverständigung mit Russland kaputt. Viele Menschen in Schleswig-Holstein haben sich - auch hier im Landtag - über viele Jahre dafür eingesetzt, dass wir mit russischen Partnern Besuche durchführen, Gespräche führen und so weiter. Wir haben die Partnerschaft mit Kaliningrad, wir haben den Austausch mit Woronesch. All das wird jetzt kaputt gemacht, und das ist natürlich äußerst bedauerlich.

Ich habe vor einigen Jahren mal für den Landtag in Sankt Petersburg an einer Ostseeparlamentarierkonferenz teilnehmen dürfen. Da ging es um die Krim. Das ist jetzt schon sieben oder acht Jahre her, und man hat dort schon gemerkt, dass es eine Sprachlosigkeit gibt zwischen den Russen und den anderen Staaten, die dort vertreten waren. Es ist sehr bedauerlich, dass jetzt auf Jahre wahrscheinlich alles kaputt gemacht worden ist, was viele Menschen auch hier aus dem Land mühsam aufgebaut haben.

Meine Damen und Herren, wir werden uns auch energiepolitisch unabhängiger von Russland machen müssen. Es steht zu befürchten, dass Erdgaslieferungen, auf die wir in den nächsten Jahren zunehmend angewiesen sein werden, zukünftig noch stärker als Druckmittel gegen uns eingesetzt werden. Wir werden uns also bei der Versorgung mit Gas breiter aufstellen müssen. Ein Flüssiggasterminal in Deutschland ist überfällig und muss weiter vorangetrieben werden. Brunsbüttel wäre ein idealer Standort, für den wir uns weiter politisch einsetzen.

Nur mit erneuerbaren Energien wird es nun mal leider nicht gehen. Wenn wir in diesem Jahrzehnt nicht nur aus der Kernenergie, sondern auch aus der Kohlekraft aussteigen wollen - wohlgemerkt nur aus der Produktion, nicht aus der Nutzung, denn wir werden ja auf Import aus unseren Nachbarländern angewiesen sein und haben ein europäisches Stromnetz -, dann werden wir auch durch den steigenden Strombedarf durch die Elektromobilität und die Digitalisierung noch mehr auf Gaskraftwerke setzen müssen. Da wir bisher rund 55 % unseres

(Christopher Vogt)

Gasbedarfs mit Importen aus Russland decken, haben wir offensichtlich ein Problem bei der Beschaffung, um das wir uns dringend kümmern müssen.

Wir hätten uns heute auch in einem Antrag zu einem LNG-Terminal bekannt. Ich glaube, es ist richtig, dass wir den Energieteil aus der Tagesordnung herausgenommen haben, um hier gemeinsam ein Signal setzen zu können. Das war aus meiner Sicht am heutigen Tag wichtig. Es ist das wichtige Signal, das wir an dieser Stelle einig sind.

Wir müssen jetzt mit Blick auf Russland klar sein und uns vor Augen führen, dass wir zu lange zu gutgläubig gewesen sind. Freiheit, Demokratie und Frieden sind in Europa leider nicht selbstverständlich, sie müssen mehr denn je verteidigt werden. Es geht nicht nur um die Ukraine, sondern um Europa insgesamt.

Abschließend möchte ich sagen: Ich bin mir sicher, dass wir in Schleswig-Holstein auch unserer humanitären Verantwortung in der kommenden Zeit wieder gerecht werden. Auch das sollten wir an diesem Tag vielleicht noch einmal betonen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Vorsitzende, Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor ein paar Jahren sah es noch so aus, dass wir den Ost-West-Gegensatz überwunden hätten. Jetzt ist er stärker als je zuvor da. Zwar stehen sich nicht mehr zwei gleich starke, große Blöcke gegenüber, aber Russland und die westliche Welt trennen doch mehr, als mancher glaubte. Ein autokratischer Herrscher wie Putin wird sich nie anpassen wollen, im Gegenteil: Solche Herrscher setzen sich auch über Völkerrecht hinweg, wie es nun in der Ukraine wieder geschehen ist. Die Erfahrung zeigt, dass sich solche Herrscher nicht von ihren Taten abhalten lassen, wenn man Schwäche zeigt.

Die Lehre, die wir ziehen können, ist, dass beispielsweise Handel über alle gesellschaftspolitischen Unterschiede hinweg kein Garant dafür ist, um Frieden zu erhalten. Selbst Sanktionen gegen sein Volk werden Putin nicht davon abhalten, seine Kriegspolitik zu Ende zu bringen. Diese Form des Wandels, dass man miteinander handelt und hofft,

dass alles gut geht - dieser Wandel durch Annäherung, wenn man so will -, funktioniert nur, wenn die jeweilige andere Seite - also wir - als starker Partner wahrgenommen wird. Wird man das nicht, so ist immer auch die friedliche Koexistenz gefährdet, wenn man es mit autokratischen Machthabern zu tun hat.

(Beifall SSW, CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Zusammenhang ist mir deswegen eines ganz wichtig: Ich möchte unsere Unternehmen, die in Russland tätig sind, auffordern und aufrufen, ihren Zusammenarbeitspartnern in Russland deutlich zu machen, dass die guten Geschäfte zu Ende sind, wenn man Putin nicht Einhalt gebietet. Auch das, meine Damen und Herren, wäre nämlich ein Zeichen der Stärke. Es ist dringend notwendig, dass alle, die irgendwie irgendetwas mit Russland zu tun haben, jetzt ihre Stimme erheben und ganz deutlich machen, dass das, was wir bisher an guter Zusammenarbeit aufgebaut haben, dann nicht mehr stattfinden kann, wenn Putin so weitermacht, wie er es bisher gemacht hat.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es gibt ein großes Problem, das auch schon von meinen Vorrednern angesprochen wurde: Wir haben so viele schöne Zusammenarbeitsformen, gerade im Ostseeraum, die Partnerschaft mit Kaliningrad. All das bricht jetzt zusammen. Ich glaube, diese Drähte, die wir in diese Regionen noch haben, sollten wir, wenn es irgendwie geht, solange sie noch bestehen, nutzen, um auch dort unseren politischen Einfluss geltend zu machen. Das ist eine kleine Aufgabe, die wir als regionales Parlament haben, aber ich finde, diese Aufgabe müssen wir jetzt sehr intensiv wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aber auch zu betonen: So schön das hehre Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist, so richtig ist es auch, dass die freie Welt leider auf ihre atomare Abschreckung angewiesen ist.

(Beifall CDU und FDP)

Ähnliches gilt auch für die Verteidigungsfähigkeit in Europa und im NATO-Bündnis. Wir sind darauf angewiesen, dass wir hier stark sind und als stark wahrgenommen werden. Das soll kein Säbelrasseln sein, sondern eher das Gegenteil. Nur wenn die freie Welt von despotischen Diktaturen als stark wahrgenommen wird, kann es auch Gespräche geben, die zu einem Ziel führen.

(Lars Harms)

Deshalb werden wir diese militärischen Fähigkeiten erhalten und ausbauen müssen, auch zum Wohle von Staaten wie der Ukraine.

(Beifall CDU und FDP)

Es muss in der jetzigen Situation klar sein, dass wir wieder aus einer Position der Stärke handeln müssen. Daher sind schnelle und harte Sanktionen unabdingbar, wenn wir eine Ausbreitung und Eskalation des militärischen Konflikts verhindern wollen, und das muss unser aller Ziel sein. Es müssen Sanktionen sein, die nicht zwingend die gesamte russische Bevölkerung treffen. Denn die ist Putin egal. Vielmehr geht es darum, diejenigen zu treffen, die Putin finanziell und organisatorisch stützen oder die von der Politik Putins profitieren.

Wenn wir über Sanktionen reden, dann ist es richtig, die Genehmigungen für Nord Stream 2 auszusetzen und Putins Unterstützer mit persönlichen Sanktionen zu belegen. Es wäre auch möglich, Flug- und andere Reiseverbindungen nach Russland zu kappen, weitere Einreiseverbote nach Westeuropa, Nordamerika und in weitere Staaten auszusprechen und gegebenenfalls auch sämtliches Vermögen russischer Bürger in der westlichen Welt einzufrieren. Auch das müssen wir in Betracht ziehen. All das sind Maßnahmen, die besser sind, als in irgendeiner Art und Weise in einen heißen Krieg einzusteigen.

Wenn wir darüber reden, müssen wir auch mit befreundeten Staaten darüber reden, dass sie sich diesen Maßnahmen anschließen. Die meisten finanziellen Geschäfte laufen nicht über die EU, auch nicht über die USA, sondern über die Schweiz. Auch mit den Freunden müssen wir darüber reden, dass sie sich unserem Protest anschließen.

Wenn wir über Energiepolitik reden, stellt sich die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, dass wir unsere Energiespeicher privat betreiben lassen, oder ob es nicht vielmehr sinnvoll ist, diese Infrastruktur staatlich zu betreiben. Die Vorstellung, dass unsere Gasspeicher zu einem großen Teil Gazprom gehören, bereitet mir Bauchschmerzen und Sorgen. Vor dem Hintergrund ist das die wichtigere energiepolitische Debatte.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Sanktionen aussprechen, die ich eben genannt habe, würde das vornehmlich die treffen, die Putin stützen, die von seiner Politik profitieren und die die Möglichkeit hätten - und das ist ganz wichtig -, auf Putin Einfluss zu nehmen. Solche Sanktionen würden Menschen in Russland genauso treffen wie Menschen bei uns. Aber der Grund dafür liegt einzig

und allein in den kriegerischen Handlungen Russlands. Die Schuld dafür liegt bei Putin. Nur wenn die Zivilgesellschaft in Russland aufbegehrt, wird es eine Chance geben, Sanktionen zu verhindern.

Es ist ja schon lachhaft, wenn es nicht so traurig wäre: Putin erklärte seine Truppen kurzerhand zu „Friedenstruppen“. Das sind sie ganz und gar nicht, sondern das Gegenteil. Friedenstruppen kann nur eine Institution entsenden, und das ist die UNO. Deshalb brauchen wir jetzt schnell ein Eingreifen der UNO. Alle müssen an einen Tisch, auch Russland und die Ukraine, und dann brauchen wir schnellstmöglich UNO-Friedenstruppen, um die Bevölkerung vor Ort zu schützen. Denn die leidet am meisten unter diesem Konflikt.

Für uns als SSW ist wichtig festzustellen, dass wir alle an der Seite der ukrainischen Bevölkerung stehen, dass wir helfen, wo wir nur können. Sollte die Situation weiter eskalieren und Menschen flüchten müssen, werden auch wir bereitstehen, den Menschen zu helfen, Menschen aufzunehmen. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass es so weit kommt.

Noch einmal: Wir sind solidarisch mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Es gilt, alles zu tun, um Kriege zu verhindern. Ich hoffe, dass wir uns darin alle einig sind. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der heutige Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein kriegerischer Akt, ein Bruch des Völkerrechts und durch nichts gerechtfertigt. Russland muss die Kampfhandlungen umgehend einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Lösung für die Ukraine muss diplomatisch am Verhandlungstisch gefunden werden.

Meine Damen und Herren, wir stehen aber auch vor dem Scherbenhaufen einer gescheiterten Ostpolitik mehrerer Bundesregierungen. Man hat es nach Ende des Kalten Krieges unterlassen, Russland aktiv und vor allem auf Augenhöhe in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden. Gemeinsam mit den USA, der NATO und der Europäischen Union muss sich die Bundesregierung deshalb die Frage

(Jörg Nobis)

stellen: Hat man durch die zahlreichen NATO-Osterweiterungen und durch das Inaussichtstellen einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine im Jahr 2014 die Versprechen gebrochen, die seit 1990 im Rahmen der Zwei-plus-vier-Verhandlungen der sowjetischen Seite gemacht wurden, und hat man damit gar legitime russische Sicherheitsinteressen vorsätzlich verletzt?

Ein möglicher Beitritt der Ukraine zur NATO, wie durch das ukrainische Parlament im Jahr 2019 in der Verfassung des Landes festgeschrieben, also eine Westbindung der Ukraine, war die rote Linie für Russland. Putin hat dies nicht nur einmal deutlich gemacht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Nobis, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Jörg Nobis [AfD]:

Nein, er kann sich gern in einem Dreiminutenbeitrag zu Wort melden. - Für uns in Deutschland muss bei alledem die zentrale Frage lauten: Was liegt im Interesse Deutschlands? Nicht, was liegt im Interesse Putins, nicht, was im Interesse der Ukraine, nicht, was im Interesse der EU und auch nicht, was im Interesse der USA. Die einzig wichtige Frage lautet: Was liegt im Interesse Deutschlands? Frieden in ganz Europa liegt im zentralen Interesse Deutschlands. Eine Aufnahme der Ukraine in die NATO liegt schon deshalb nicht im Interesse Deutschlands. Und eine Aufnahme der Ukraine in die EU liegt ebenso wenig im deutschen Interesse. - Diese zwei einfachen Feststellungen sind elementar für eine interessengeleitete deutsche Außenpolitik und für die zukünftige Diplomatie mit Russland.

Leider haben die deutschen Bundesregierungen bereits vor Jahren eine interessengeleitete Außenpolitik zugunsten einer gefühlorientierten Außenpolitik aufgegeben. Wir sehen heute das Resultat dieses naiven deutschen Politikansatzes der letzten Jahre.

Wie sieht eine mögliche dauerhafte Lösung für die Region aus? Weil wir kein Interesse an einer Bündniseingliederung der Ukraine haben können, die Ukraine aber verständlicherweise weitere Übergriffe Russlands fürchtet, muss ein Status gefunden werden, der diese unterschiedlichen Interessen friedlich vereint. Eine Möglichkeit liegt in einem von verschiedenen Mächten garantierten Neutralitätsstatus der Ukraine.

(Zurufe)

Die Frage, wie die vorwiegend durch russischstämmige Volksgruppen besiedelten Gebiete Luhansk und Donezk zukünftig zu behandeln sind, sollte vor dem Hintergrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker separat behandelt werden.

(Zurufe)

Nur so kann eine weitere Eskalation dieses Konflikts vermieden werden, und nur so kann vermieden werden, dass die NATO und damit Deutschland aktiv in einen bewaffneten Konflikt mit Russland hineingezogen werden. Das liegt ganz sicher nicht in deutschem Interesse.

(Zuruf: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? - Unruhe)

Unmittelbar sind einige Forderungen für die deutsche und europäische Außenpolitik wie folgt abzuleiten: Die NATO darf weder jetzt noch zukünftig Waffen in die Ukraine liefern, auch keine Defensivwaffen. Deutschland muss sich klar gegen eine zukünftige Aufnahme der Ukraine in die NATO und auch gegen eine EU-Mitgliedschaft aussprechen.

(Stephan Holowaty [FDP]: Also gegen eine souveräne Entscheidung?)

Eine europäische Friedensordnung - wie es dieser Tage so schön heißt - kann auch und gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Stunden nur mit Russland gestaltet werden.

(Lukas Kilian [CDU]: Das klappt ja super! - Weitere Zurufe)

Dies muss aus einer Position der Stärke erfolgen. Dazu gehört die unmissverständliche Definition der eigenen Interessen. Das ist eine Sprache, die Herr Putin letztlich versteht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Dennys Bornhöft [FDP]: Sie können das Ganze auch auf Russisch halten!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Abgeordneten! Seit 2014, seit der russischen Besetzung der Krim und dem im Anschluss von Russland unterstützten Aufstand in der Ostukraine, herrschen dort kriegerische Auseinandersetzungen - direkt vor unserer Haustür. Seit gestern Nacht erleben wir einen russischen Angriffskrieg auf ukrainisches Staatsge-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

biet. Das ist ein brutaler Angriff auf Freiheit und Demokratie, den fast 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wahrscheinlich niemand von uns für möglich gehalten hätte. Es ist ein Angriff Putins gegen Europa. Wir befinden uns in der gefährlichsten Situation seit Ende des Kalten Krieges. Unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung, und wir stehen fest an der Seite der Ukraine.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das Kriegsgebiet ist nah: Ein Flug von Hamburg nach Kiew dauert etwas mehr als zwei Stunden. Das ist in etwa die gleiche Flugzeit wie nach Barcelona oder nach Dublin, Rom oder Helsinki. Es wurden Explosionen unweit der polnischen Grenze gemeldet.

Verehrte Abgeordnete! In diesen Stunden wird die Souveränität der Ukraine mit Panzern und Raketen niedergewalzt. Der russische Präsident hatte kein Interesse an einer diplomatischen Lösung des Konflikts, die möglich gewesen wäre. Dieses Verhalten verurteilen wir auf das allerschärfste, und ich sage eindeutig: Die Staatengemeinschaft kann und wird das nicht unbeantwortet lassen!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es geht in diesem Krieg nicht allein um die Ukraine. Die baltischen Staaten und Polen, ganz Osteuropa sieht sich einem offenen russischen Imperialismus gegenüber. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe als Europäerinnen und Europäer, Russland klare Grenzen aufzuzeigen. Wir müssen Russland deutlich zeigen: Angriffe auf souveräne Staaten, der Bruch des Völkerrechts und die Absicht, unsere Friedensordnung zu zerstören, wird härteste Konsequenzen nach sich ziehen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die NATO-Staaten und die Europäische Union treten dabei geschlossen auf. Das Kalkül, einen Keil zwischen uns zu treiben, geht nicht auf. Im Gegenteil - als Verbündete sind wir enger zusammengedrückt als jemals zuvor. Der Bundeskanzler hat es angekündigt: Noch heute werden weitere harte Sanktionen verhängt. Ich sage dazu unmissverständlich: Wir unterstützen die Bundesregierung bei dem Weg in jeglicher Hinsicht,

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

insbesondere selbstverständlich dabei, die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten.

Aber all das, was vermeintlich vielleicht noch weit entfernt ist, muss uns trotzdem auch als Land alarmieren. Die Vorbereitung, auf die anstehenden Herausforderungen auch bei uns hier in Schleswig-Holstein gewappnet zu sein, die gehen wir aktuell an. Heute Morgen gab es eine Videokonferenz zwischen den Innenministerinnen und Innenministern der Länder sowie der Bundesinnenministerin zur aktuellen Lage in der Ukraine. Aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse haben sich die Ministerinnen und Minister über die größten Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht: Cyberangriffe, die Migrationsbewegungen und Desinformation.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben gemeinsam vereinbart, den Schutz der Kritischen Infrastruktur bei uns in Deutschland in den Blick zu nehmen, insbesondere den Schutz der Energieversorgung vor Cyberattacken. Die Innenministerin hat veranlasst, dass Polizei, Verfassungsschutz, Katastrophenschutz und die für Zuwanderung zuständigen Bereiche sich schnellstmöglich vorbereiten. Die Polizei und der Verfassungsschutz bereiten sich auf Cyberangriffe vor und richten Meldekettens zum Bund ein. Die vorhandenen ukrainischen Einrichtungen im Land werden identifiziert; erforderlichenfalls werden Schutzmaßnahmen eingeleitet. Die Erste Einsatzhundertschaft in Eutin wurde in Bereitschaft versetzt, um kurzfristig auf Versammlungslagen reagieren zu können. Die Abteilung für Katastrophenschutz bereitet alle nötigen Strukturen vor, um kurzfristig einen Krisenstab der Landesregierung einrichten zu können. Besonders verletzliche Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur werden identifiziert und ihr Schutz vorbereitet, insbesondere der Schutz der Energieversorgung. Der schleswig-holsteinische Katastrophenschutz muss sich auch auf mögliche Unterstützungsleistungen für die ukrainischen Anrainerstaaten vorbereiten. Die Abteilung für Zuwanderung bereitet sich gemeinsam mit dem Bund auf mögliche Fluchtbewegungen aus der Ukraine vor. Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz beobachtet weitere Desinformationskampagnen, er übernimmt auch eine wichtige Funktion beim Schutz vor Wirtschaftsspionage. Dabei arbeitet der Verfassungsschutz eng mit dem Verfassungsschutzverbund der anderen Länder zusammen; es findet ein enger Austausch statt. Die Innenministerin hat bereits Kontakt zum Landeskommando, zu Oberst Schneider, aufgenommen. Dieser Kontakt wird weiter aufrechterhalten, um sich gegenseitig auf dem aktuellen Stand zu hal-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

ten. Heute Abend wird die Innenministerin die Kommunen über den aktuellen Stand sowie die Vorbereitungen informieren.

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein können sich darauf verlassen, dass wir uns in dieser Situation auf diese Herausforderungen vorbereiten. Ich sage an dieser Stelle: Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag in diesen Zeiten in einer solchen Lage beraten und über einen Angriffskrieg in Europa sprechen.

Ich sage auch sehr klar: Wir müssen uns jetzt dieser Verantwortung stellen. Wir dürfen nicht wegschauen, und es ist unsere Verpflichtung als Staatengemeinschaft, in dieser Situation zu handeln, auch wenn wir uns auf eine schwere Lage hier bei uns in Deutschland einstellen müssen. Darauf müssen die Bürgerinnen und Bürger vorbereitet sein.

Es ist für uns in Schleswig-Holstein eine Selbstverständlichkeit, Ukrainerinnen und Ukrainer aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren, wenn das notwendig sein sollte. Unsere Gedanken und Gebete sind bei allen Menschen in der Ukraine. Wir stehen fest an der Seite unserer Freundinnen und Freunde. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW in der Sache abzustimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die heutige Sitzung. Die Tagung wird morgen früh um 10 Uhr fortgeführt. - Bože bereži Ukraínu!

(Vereinzelter Beifall)

Schluss: 13:09 Uhr